



# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Beirates für die Belange von Menschen mit  
Behinderungen**

**am 03.11.2015**

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Wallbrecher, Ursula

### **- Mitglieder**

Boos-Waidosch, Marita

Egler, Nora

Jaensch, Ruth

Jera, Klaus (Vertretung für Herrn Jordan)

Kubica, Ellen

Laubenstein, Sandra (Vertretung für Herrn Thiele-Elsner)

Neger, Thomas

Reimann, Hermann

Schweizer, Johannes

Siebner, Claudia

### **- beratende Mitglieder**

Hauschild, Petra

Ramb, Magdalena

Schwarzweller, Bernd

### **- Schriftführung**

Wepler, Susan

## Entschuldigt fehlen

### **- Verwaltung**

Ebner, Gabriele

Hensel, Claus

Herrmann, Dieter (Vertretung für Frau Ebner)

Odenwald, Jessica

### **- Mitglieder**

Böhme, Christine (Vertretung für Herrn Terno)

Jordan, Knut

Merkator, Kurt

Schweinfurth, Wolfgang

Steitz, Georg

Terno, Hans-Peter

Thiele-Elsner, Thomas

### **- beratende Mitglieder**

Gerhardt, Christiane

Gutsch, Katharina

## Tagessordnung

### a) öffentlich

1. Vorstellung der neuen Beratungs-, Forschungs- und Bildungsstelle „Liebelle“ der WfbM
2. Bericht über inklusive KiTas in Mainz
3. Antrag
  - 3.1. Austauschplattform zwischen Schwerpunktschulen und Förderschulen in Mainz im Bereich Übergang Schule-Beruf für Schüler/innen mit behinderungsbedingtem Förderbedarf
4. Bericht aus den AKs und Workshops
5. Einwohnerfragestunde
6. Verschiedenes
  - 6.1. Termine 2016
  - 6.2. Barrierefrei einkaufen und genießen

Die Vorsitzende Frau Wallbrecher eröffnet um 16:35 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Vorsitzende unterrichtet die Mitglieder des Gremiums, dass Herr Terno aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt habe. Die Vorsitzende und Frau Boos-Waidosch bedauern dies sehr, da er sich sehr für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen engagiert habe und von Anfang dabei war.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 1**      **Vorstellung der neuen Beratungs-, Forschungs- und Bildungsstelle „Liebelle“ der WfbM**

Nach kurzer Vorstellung der Referenten Frau Brodt und Herrn Seip wird die Beratungs-, Forschungs- und Bildungsstätte Liebelle vorgestellt. (s. Anlage)

Die Beratungsstelle hat im Mai dieses Jahres ihre Arbeit aufgenommen. „Liebelle“ erhält in einem Zeitraum von drei Jahren von Aktion Mensch eine Förderung. Es ist eine Kooperation von drei Partnern:

- WFB Mainz gGmbH
- pro familia e.V. OV Mainz
- Prof. Dr. Svenja Heck (HS Darmstadt)

Die Beratungsstelle bietet Beratungen für Angehörige und Lehrer von Menschen mit geistiger Behinderung und für die Betroffenen selbst. Die Forschung hat ihr Augenmerk auf die Themen „Partnerschaft“ und „Sexualität“, aber auch „Liebe“ und „sexuelle Gewalt“ bei Menschen mit geistiger Behinderung gelegt. Durch die wissenschaftliche Begleitung wird die Qualitätssicherung gefördert. Die Beratungsstelle ist erreichbar zu folgenden Zeiten:

- Dienstag und Donnerstag 9.00-14.00 Uhr
- Mittwoch 13.00-18.00 Uhr
- Freitag 9.00-13.30 Uhr
  
- Telefonische Erreichbarkeit:
  - Frau Brodt: 06131/ 5802-210
  - Herr Seip: 06131/ 5802-211

[www.liebelle-mainz.de](http://www.liebelle-mainz.de)

Die Beratungsstelle befindet sich in unmittelbarer Nähe der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in der

Robert-Koch-Straße 8  
55129 Mainz-Hechtsheim.

## **Punkt 2**

### **Bericht über inklusive KiTas in Mainz**

Herr Borngässer ist seit 2013 im Amt für Jugend und Familie tätig und ist zuständig für die inklusive Arbeit in den Kindertagesstätten. Er berichtet, dass sich 2013 11 KiTas bereit erklärt hätten, Kinder mit Behinderungen aufzunehmen. Inzwischen sind alle KiTas dazu bereit. Herr Borngässer berichtet vom Workshop, der für die Erzieherinnen und Erzieher am 24.02.2014 stattgefunden hat. Seither haben nun schon 32 dieser Workshops zum Thema Inklusion stattgefunden, so Herr Borngässer. Die Inklusion der Kinder mit Behinderungen sei sehr erfolgreich. Bis auf einige wenige Fälle sei es möglich, alle betroffenen Kinder in Regelkindergärten unterzubringen. Kinder, die einen sehr hohen Bedarf an Unterstützung haben, seien in Förderkindergärten besser aufgehoben, da man ihnen dort noch mehr Unterstützung zukommen lassen könne. Herr Borngässer stellt fest, dass die Kinder, die inklusiv aufgenommen werden wollten, auch aufgenommen werden konnten. Die Kinder erhalten in den KiTas nun auch die Förderstunden, die sie benötigen. War früher eine rein medizinische Begutachtung maßgebend, so werde heute individuell begutachtet, was dazu führt, dass die Förderung der Kinder mit Behinderungen an die Kinder angepasst werden kann. Er schildert, dass sich durch die Beratung Eltern und Erzieher gleichermaßen angenommen fühlen. Beide Seiten fühlen sich beteiligt.

Aus der Mitte des Beirates wird die Frage nach der Art der Behinderungen gestellt, die in den KiTas aufgenommen werden, auch Sinnesbehinderte? Herr Borngässer erklärt, dass Behinderungen jeder Art aufgenommen werden. Derzeit seien auch Kinder mit Sehbeeinträchtigungen in KiTas untergebracht. Auch ein Kind mit einem Cochlea Implantat sei in einer städtischen KiTa untergebracht. Herr Borngässer äußert sich sehr zufrieden mit dem Ablauf der Inklusion der Kinder.

Es wird die Frage gestellt, ob in den KiTas auch Therapieangebote gemacht werden. Herr Borngässer stellt fest, dass in den KiTas keine Therapieangebote gemacht werden. Das sei Aufgabe der Eltern. Aus der Mitte des Beirates wird die Frage gestellt, ob das Antragsverfahren für Kinder mit Behinderungen das gleiche ist wie das für nicht behinderte Kinder. Es wird erläutert, dass das Verfahren das gleiche sei. Das Geburtsdatum der Kinder ist ausschlaggebend. Auch bei Kindern mit Behinderungen wird versucht, die Kinder wohnortnah in einer KiTa unterzubringen.

Es wird die Frage nach den privaten Trägern gestellt. Wie sieht es dort mit der Inklusion aus? Herr Borngässer erklärt, dass das Beratungsangebot nur für die städtischen KiTas gilt. Das wird allgemein bedauert. Aus der Mitte des Beirates wird der Einwand erhoben, dass öffentliche Gelder an die privaten/kirchlichen Träger gezahlt werden. Es wird festgestellt, dass die finanziellen Förderungen an Forderungen wie die Inklusion gebunden sein sollten. Dieses Thema wird an den AK „ Soziale Leistungen, Bildung und Beruf“ zur weiteren Diskussion verwiesen. Es wird sich dafür ausgesprochen, dass die Beratung auch an den Schulen fortgesetzt werden sollte. Durch die Mitglieder wird die Problematik angesprochen, dass bei nicht ausreichender Unterstützung der Eltern von Kindern mit Behinderungen die Kinder eine typische „Karriere“ in den Fördereinrichtungen machen, auch wenn sie auch aus ärztlicher Sicht eine Regeleinrichtung besuchen könnten. Das bedeute soziale Benachteiligung. Als problematisch wird gesehen, dass die Integrationshelfer für ein Kind eine bestimmte Zahl an Stunden bewilligt bekommen. Das reicht im Einzelfall nicht zur Finanzierung des Lebens. Deshalb werden von Betreuern häufig noch weitere Kinder betreut, was zu zeitlichen Überschneidungen und häufigem Wechsel führen kann. Das bedeute für die betroffenen Kinder, dass sie dadurch häufig mehr als eine Bezugsperson hätten. Das erschwert einen Beziehungsaufbau. Herr Borngässer erklärt, dass man im Gespräch sei, um für diese Problematik eine Lösung zu finden.

Es wird die Frage nach der Verteilung der Kinder auf den öffentlichen und die privaten Träger gestellt. Herr Borngässer erklärt, dass insgesamt ca. 68 Kinder mit Behinderungen auf alle KiTas verteilt sind. Davon seien ca. 44 – 48 Kinder in städt. KiTas untergebracht. Die Vorsitzende betont, dass es wichtig sei, allen Kindern die gleiche Behandlung zukommen zu lassen. Aus der Mitte des Beirates wird darauf hingewiesen, dass nicht alle Träger sich gleichermaßen der Inklusion verweigern. Vielmehr sollte man sie motivieren, sich anzuschließen.

Aus der Reihe der Sozialplanung wird darauf hingewiesen, dass ein ähnliches Beratungsangebot wie für die KiTas auch für die Schulen entwickelt werde. Hierbei sollen die Klassenlehrer bei der inklusiven Arbeit unterstützt werden.

### **Punkt 3**      **Antrag**

#### **Punkt 3.1**      **Austauschplattform zwischen Schwerpunktschulen und Förderschulen in Mainz im Bereich Übergang Schule-Beruf für Schüler/innen mit behinderungsbedingtem Förderbedarf** **Vorlage: 1739/2015**

Es wird die Frage gestellt, ob sich der Antrag nicht erübrige, da die Förderschulen ebenfalls einen Antrag ähnlichen Inhalts an das Ministerium – zur Bildung eines Förderzentrums – gestellt hätten. Zum Teil werde das Beantragte schon umgesetzt.

Nach kurzer Diskussion kommt man überein, dass kleine Änderungen gemacht werden sollten.

Diese sind wie folgt:

„Die Stadt als Schulträger wird gebeten, so einen Austausch in institutionalisierter Form wie z.B. Runde Tische oder andere Foren zu koordinieren“.

Neu:

Die Stadt als Schulträger wird gebeten, einen Austausch in institutionalisierter Form wie z.B. Runde Tische, **Förder- und Beratungszentren** oder andere Foren zu koordinieren“.

Bisher:

„Idealerweise sollte es eine fundierte Laufbahnberatung und Begleitung durch eine dafür geschulte Lehrkraft geben.

Neu:

Idealerweise sollte es eine fundierte Laufbahnberatung und Begleitung durch dafür geschulte Lehrkräfte geben.

Der Antrag wird mit den Änderungen einstimmig angenommen.

### **Punkt 4**      **Bericht aus den AKs und Workshops**

Frau Kubica berichtet aus dem AK Soziale Leistungen, Bildung und Beruf, dass das bisherige Thema „Übergang Schule Beruf“ abgeschlossen sei und nun das Thema „Inklusion in der Erwachsenenbildung“ im dem AK erörtert werde.

Sie berichtet kurz, dass sich in dem AK Schriftendolmetscher vorgestellt haben. Im AK arbeite

eine gehörlose Dame mit, die auf Schriftdolmetscher angewiesen sei. Frau Kubica erklärt, dass die Unterstützung durch Gebärdensprach- oder Schriftdolmetscher nur im Falle einer Ausbildung von den Kostenträgern übernommen werde. Bei einer Weiterbildung werden die Kosten nicht übernommen. Ein VHS-Kurs beispielsweise wird dadurch, dass die Kosten für Schriftdolmetschung von gehörlosen Menschen selbst übernommen werden müssen, für Betroffene unbezahlbar. Das bedeute, so Frau Kubica, dass Gehörlose von Vielem ausgeschlossen seien. Die Vorsitzende betont, dass es auch für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen gut und wichtig sei, wenn auch die Gruppe der hörbehinderten Menschen bei Sitzungen vertreten sei. Aus dem Beirat wird betont, dass es für Gehörlose wichtig sei, sich an den Sitzungen des Beirates für die Belange für Menschen mit Behinderungen beteiligen zu können. Es wird um die Unterstützung der Fraktionen gebeten, dies zu ermöglichen. Die Unterstützung wird von den anwesenden Vertretern der Fraktionen zugesagt.

## **Punkt 5**      **Einwohnerfragestunde**

Es waren keine Einwohner anwesend.

## **Punkt 6**      **Verschiedenes**

### **Punkt 6.1**      **Termine 2016**

Die Vorsitzende teilt mit, dass am 01.12.2015 der nächste Workshop des Beirates stattfindet.

Die nächsten Sitzungstermine des Beirates sind:

**Do. 17.03.2016, Di. 14.06.2016, Do. 06.10.2016, Di. 13.12.2016**

### **Punkt 6.2**      **Barrierefrei einkaufen und genießen**

Der TOP wird auf die nächste Sitzung vertagt, da eine neue Mitarbeiterin die Stelle von Frau Langner übernimmt.

Frau Boos-Waidosch berichtet kurz über unsere Plattform „Mobile Menschen“, die sich im steten Aufbau befindet.

Des Weiteren macht sie auf den Wettbewerb „Tourismus für alle“ des Tourismus Büros aufmerksam.

**Ende der Sitzung: 18:25 Uhr**

gez.  
Ursula Wallbrecher  
(Vorsitzende)

gez.  
Susan Wepler  
(Schriftführung)